

Noch fehlen 62 Lehrstellen in der Pflege

Gesundheitsberufe Das Soll ist noch nicht erreicht, aber die Ausbildungsverpflichtung zeigt Wirkung

VON URS MOSER

Gesundheitsberufe sind momentan zwar durchaus im Trend, dennoch wird es zur grossen Herausforderung, den für eine funktionierende Gesundheitsversorgung erforderlichen Bestand an qualifiziertem Pflegepersonal in Zukunft zu rekrutieren. Landesweit rechnet man mit einer Zunahme des Bedarfs um deutlich mehr als 30 Prozent bis zum Jahr 2030.

Um den drohenden Pflegenotstand abzuwenden, setzt der Kanton Solothurn wie andere Kantone auf eine hier seit 2012 gesetzlich verankerte Ausbildungsverpflichtung für Spitäler, Heime und Spitexorganisationen. Mit der Umsetzung ist die Stiftung Organisation der Arbeit Gesundheit und Soziales im Kanton Solothurn, kurz SODAS, betraut. Nach deren Punktesystem müssten die Spitäler (soH, Obach Klinik Solothurn, Pallas Klinik Olten) zusammen einen Malus von rund 300 000 Franken für ungenügende Ausbildungsleistungen im vergangenen Jahr zahlen, 13 von 31 Spitex-Organisationen zusammen 80 000 Franken. Und 25 von 47 Pflegeheimen würden einen Bonus von insgesamt 70 000 Franken erhalten, weil sie mehr Ausbildungsplätze als ihr Soll anbieten. Dies geht aus der Auswertung der Daten für das Jahr 2016 hervor, welche dieser Zeitung vorliegt.

Müssten und würden. Der Konjunktiv ist richtig, denn es wird kein Geld fließen. Der Grund: Wohl ist die Ausbildungsverpflichtung im Grundsatz gesetzlich verankert, nicht aber deren Umsetzung. Der Kanton könnte als ultima ratio ein Spital von der Spitalliste streichen oder Pflegeheimen und Spitexdiensten die Betriebsbewilligung entziehen, wenn sie nicht genug Berufsnachwuchs ausbilden. Die Teilnahme am SODAS-System ist letztlich aber freiwillig. «Das ist unser grosses Problem», sagt SODAS-Präsident Kurt Altermatt. Der ehemalige CEO der Solothurner Spitäler AG baut deshalb auf den Kantonsrat, der am 5. Juli über Änderungen des Spital- und Sozialgesetzes berät, mit denen sich das ändern soll. Anstelle des Bonus-Malus-Systems tritt die sogenannte Ersatzvornahme: Kommt ein Betrieb seiner Ausbildungsverpflichtung nicht nach, kauft der Kanton die benötigten Ausbildungsplätze woanders ein und stellt die Kosten dafür dem säumigen Betrieb in Rechnung (vgl. Kasten).

Heime vorbildlich

Zwar fehlt im Moment noch die Handhabe, um säumige Betriebe zu disziplinieren, dennoch ist Altermatt mit den bisher erzielten Erfolgen zufrieden: «Wir sind sehr erfreut über die Entwicklung, es wurden riesige Fortschritte gemacht.»

Das Soll für die Ausbildungskapazitäten in den verschiedenen Gesundheitsberufen wird nach einem komplexen Punktesystem errechnet. Unter dem Strich resultiert aktuell folgendes Ergeb-



Nachwuchs dringend gesucht. Jugendliche orientieren sich an einer Berufsmesse über Gesundheitsberufe.

NICOLE NARS-ZIMMER

«Wir sind sehr erfreut über die Entwicklung, es wurden riesige Fortschritte gemacht.»

Kurt Altermatt Präsident Stiftung SODAS

nis: Die Spitäler erfüllen ihre Ausbildungsverpflichtung zu 91 Prozent, die Pflegeheime übererfüllen sie sogar leicht mit 104 Prozent der Punktevorgabe, die Spitex-Organisationen haben mit 79 Prozent Erfüllungsquote nach wie vor den grössten Nachholbedarf.

Dass die Spitäler hinter den Pflegeheimen liegen, überrascht auf den ersten Blick. Kurt Altermatt relativiert das Ergebnis. Die Solothurner Spitäler AG als weitaus grösster Arbeitgeber habe ihr Soll in den ersten zwei Jahren der Erhebung übererfüllt und sei nun letztes Jahr wegen Abgängen leicht ins Minus gerutscht. Einen grösseren Nachholbedarf gebe es noch bei den Privaten (neben den Kliniken Obach und Pallas wird auch der private Rettungsdienst SRS Medical in der Rubrik Spitäler/Kliniken geführt), aber auch sie seien stark am Aufholen.

Aktuell erreicht keines der Spitäler sein Punktesoll, bei den Pflegeheimen liegen 22 von 47 darunter und bei den Spitex-Organisationen erreichen erst 9 von 31 die Vorgaben. Die Punktezahlen

entsprechen in etwa 60 fehlenden Ausbildungsplätzen in den Spitälern und 16 Lehrstellen bei den Spitex-Organisationen, während die Heime sogar 14 angehende Assistenten Gesundheit und Soziales, Fachleute Gesundheit etc. mehr ausbilden als sie müssten. Unter dem Strich gibt es also 62 Lehrstellen zu wenig.

Die Entwicklung zeigt aber auch dort ein erfreuliches Bild, wo noch Nachholbedarf herrscht. Bei den Spitexorganisationen stiegen die Ausbildungsleistungen 2016 gegenüber dem Vorjahr um satte 37 Prozent, in den Pflegeheimen um 17 Prozent. Und in den Spitälern nahmen sie nur geringfügig um 0,4 Prozent ab, während ein Jahr zuvor auch dort noch ein Zuwachs um fünf Prozent zu verzeichnen war.

Das lässt SODAS-Präsident Altermatt optimistisch in die Zukunft blicken. Die Betriebe hätten begriffen, dass die Ausbildung von genügend Berufsnachwuchs für sie entscheidend ist. Sie seien auch bereit, die dafür nötigen Anstrengungen zu leisten und hätten die notwendigen Strukturen aufgebaut. Daher sei er zuversichtlich, dass es gelingen wird, auch den stark wachsenden Bedarf zu decken. Vorausgesetzt natürlich, es finden sich überhaupt genug junge Leute, die einen Beruf im Gesundheitswesen ergreifen wollen.

NEUE REGELUNG

Finanzieller Anreiz soll Ausbildungsplätze sichern

Spitäler, Heime und Spitexorganisationen sollen mit einer neuen gesetzlichen Regelung verpflichtet werden, für genügend Ausbildungsplätze in Gesundheitsberufen zu sorgen. Dabei bleibt es grundsätzlich bei der bereits entwickelten Branchenlösung mit dem Punktesystem. Mit den am 5. Juli im Kantonsrat zur Diskussion stehenden Anpassungen im Sozial- und Spitalgesetz kann der Regierungsrat die entsprechenden Richtlinien aber verbindlich erklären, und die Stiftung SODAS soll einen Leistungsauftrag für den Vollzug erhalten. Bisher war vorgesehen, dass Betriebe mit überdurchschnittlicher Ausbildungsleistung einen Bonus aus einem Topf erhalten, den Betriebe mit unterdurchschnittlicher Ausbildungsleistung mit Malus-Zahlungen speisen. An die Stelle dieses Modells soll nun die sogenannte Ersatzvornahme treten: Kommt die Institution X ihrer Verpflichtung

nicht nach, kauft der Kanton die benötigten Ausbildungsplätze bei der Institution Y ein. Die Abgeltung dafür, dass dort die benötigten Ausbildungskapazitäten geschaffen werden, stellt das Departement des Innern dem säumigen Betrieb in Rechnung. Dieses Modell war in der Vernehmlassung nicht unumstritten, aber der Regierungsrat hält daran fest, und auch die vorbereitenden Kommissionen des Kantonsrats haben sich dafür ausgesprochen. Man verspricht sich davon eine Anreizwirkung: Mit eingekauften Leistungen plus dem ebenfalls von säumigen Betrieben abzugeltenden Verwaltungsaufwand wird die Ersatzabgabe teurer, als seiner Ausbildungsverpflichtung selber nachzukommen. Und anders als beim Bonus/Malus-System ist garantiert, dass nicht einfach «Bussen» bezahlt, sondern die benötigten Lehrstellen auch wirklich geschaffen werden. (MOU)

Martin Hatzinger

Chefarzt präsidiert Fachgesellschaft

Die Schweizerische Gesellschaft für Schlafforschung, Schlafmedizin und Chronobiologie

wählte einen neuen Präsidenten: **Martin Hatzinger**, Chefarzt der Kliniken für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik der Psychiatrischen Dienste und Direktor Psychiatrische Dienste der soH.

Mit Martin Hatzinger, der auch das interdisziplinäre Schlafmedizinische Zentrum der soH leitet, übernimmt erstmalig ein Psychiater das Amt, heisst es in einer Mitteilung. (MGT)



Martin Hatzinger.

SP ruft zur Demo gegen Postschliessungen

Protest Am kommenden Dienstag ist vor dem Rathaus eine Demonstration gegen Poststellenschliessungen geplant. Diese sollen vorläufig gestoppt werden - bis in Bern neue Richtlinien für Postschliessungen erarbeitet sind.

VON LUCIEN FLURI

Die Post garantiert bis 2020 gerade einmal noch 23 Filialen im Kanton. 21 Poststellen, so kündigte der gelbe Riese an, sollen «überprüft» werden - was heisst: geschlossen. Doch das wollen ein Grossteil der betroffenen Gemein-

den, die SP und die Gewerkschaft Syndicom nicht akzeptieren. Sie rufen für den kommenden Dienstag ab 7.45 bis 8.30 Uhr zur Demonstration vor dem Solothurner Rathaus auf. Das Datum ist nicht zufällig gewählt: Am Dienstag wird der Kantonsrat auch den Auftrag «Massnahmen gegen flächendeckende Poststellenschliessungen» behandeln. Dem Anliegen soll Nachdruck verliehen werden.

Warten, bis Bern so weit ist

Rund ein Dutzend der betroffenen Gemeinden hätten zugesagt, mit Vertretern an der - bewilligten - Demonstration teilzunehmen, erklärt SP-Kantonalsekretär Niklaus Wepfer. Obwohl die SP mitorganisiert, betont Wepfer: «Es ist keine SP-Parteidemo.» Der An-

lass sei für alle und soll ein klares Signal an die Postverantwortlichen sein.

Hauptforderung der Demonstranten ist, dass die für den Kanton Solothurn geplanten Poststellenschliessungen sistiert werden, bis im Berner Bundesparlament neue rechtliche Grundlagen bezüglich der Poststellenschliessungen erarbeitet sind. Denn National- und Ständerat wollen neue Grundlagen schaffen, wann der gelbe Riese eine Poststelle schliessen darf. «Bis dies erarbeitet ist, muss die Post alle angekündigten Schliessungen sistieren», sagt Wepfer. Postschliessungen würden sich «sehr negativ auf die Standortattraktivität der Gemeinden auswirken.»

Eine weitere Forderung ist, dass die Postagenturen einen vollumfänglichen Service bieten. Und zudem sollen die Angestellten in den Agenturen «zu den glei-

chen Bedingungen und Löhnen» angestellt werden wie die Post-Mitarbeitenden. Drittens verlangen die Initianten, dass Post, Regierung und die Gemeinden aktiv zusammenarbeiten, «damit die Gemeinden nicht gegeneinander ausgespielt werden können».

Die Regierung hat in ihrer Stellungnahme zum Auftrag gegen die Poststellenschliessungen festgehalten, dass sie die kantonalen Interessen in früheren Verhandlungen mit der Post vorgebracht hat. In diesem Sinne sei das Anliegen des Auftrages bereits erfüllt. In den Verhandlungen hätten bereits sieben Poststellen «gerettet» werden können, deren Schliessung die Post ebenfalls prüfen wollte. Und letztlich, so die Regierung, liege die Entscheidungskompetenz nun einmal bei der Post.